

Gemeinsam.

Für unseren Landkreis von morgen.

Pressemitteilung vom 11. März 2021

CDU MÖCHTE ÄRZTLICHE VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM SICHERN

Die Sicherung einer flächendeckenden Versorgung mit Haus- und Fachärzten hat aus Sicht der CDU eine herausragende Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen im Landkreis Gießen. Unter dem Gesichtspunkt der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land hat insbesondere die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum eine große Bedeutung. Vor dem Hintergrund, dass in den nächsten Jahren ein Großteil der im Landkreis Gießen niedergelassenen Hausärzte in den Ruhestand geht, sieht die CDU Handlungsbedarf, um einem Ärztemangel vorzubeugen. Bereits im Jahr 2017 wurde davor gewarnt, dass bis 2025 etwa 70 Prozent der im Landkreis Gießen niedergelassenen Hausärzte die Altersgrenze von 65 Jahren erreichen und in den Ruhestand gehen. Aus Sicht der CDU eine alarmierende Zahl, sodass sich im CDU-Programm zur Kommunalwahl einige konkrete Vorschläge für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum finden. Die CDU nimmt dabei auch die Hebammenversorgung sowie die Versorgung mit Pflege- und Betreuungsplätzen für ältere Menschen und darüber hinaus auch die palliativmedizinische Versorgung in den Blick.

Christopher Lipp, Spitzenkandidat der CDU für die Kreistagswahl, erklärt dazu: „Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung müssen wir ein Konzept erarbeiten, um dem drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum in unserem Landkreis entgegenzuwirken. Auch der Landkreis muss hier eine aktivere Rolle einnehmen. Wir können uns etwa vorstellen, dass der Landkreis in enger Abstimmung mit den Kommunen aktiv Anreize schafft, damit sich Haus- und Fachärzte in unseren eher ländlicheren Kommunen niederlassen. Auch die Förderung medizinischer Nahversorgungszentren und der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Ärztenetz Gießen möchten wir fokussieren. So können wir Versorgungslücken vor Ort verhindern und eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Landkreis Gießen sicherstellen. Neben Anreizen zur Niederlassung oder Übernahme von Arztpraxen in finanzieller Art oder durch Vermittlung oder Überlassung von Räumlichkeiten können wir uns auch perspektivisch vorstellen, Stipendien an angehende Allgemeinmediziner zu vergeben, die im Gegenzug nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine gewisse Zeit im Landkreis Gießen tätig werden. Wir müssen alle Optionen prüfen, um eine wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen. Insbesondere für ältere Menschen sind lange Wege für den Arztbesuch oftmals nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt möglich, sodass wir eine gute medizinische Versorgung vor Ort gewährleisten müssen.“

Zu den Ursachen des Ärztemangels im ländlichen Raum erläutert Lara Becker, Ärztin und ebenfalls Kandidatin der CDU für den Kreistag: „Es gibt zu wenige Anreize für angehende Mediziner, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Neben fehlenden finanziellen Anreizen sind die hohe Arbeitsbelastung im Bereitschaftsdienst sowie fehlende Vertretungsmöglichkeiten die wesentlichen Gründe, warum sich angehende Mediziner lieber in den Ballungszentren als im ländlichen Raum niederlassen. Es fehlt also insbesondere am gesunden Gleichgewicht zwischen Familie und Arbeit, was gerade für junge Medizinerinnen ein wesentliches Kriterium für die Wahl des Arbeitsortes ist. Diesem Thema will sich die CDU deshalb mit hoher Priorität annehmen.“

Neben der ärztlichen Versorgung hat die CDU auch die Hebammenversorgung sowie ein wohnortnahes Pflege- und Betreuungsangebot im Blick. Die umfassende Betreuung junger Frauen und ihrer Familien in der Schwangerschaft, während der Geburt und auch im Wochenbett hat eine große Bedeutung und muss deshalb aus Sicht der CDU aktiv gesichert werden. Mit finanziellen sowie materiellen Unterstützungsangeboten und der Schaffung einer Vernetzungsstelle für selbstständige Hebammen möchte die CDU einem drohenden Hebammenmangel frühzeitig begegnen. Zur Sicherstellung eines wohnortnahen Pflege- und Betreuungsangebotes möchte die CDU im Landkreis in enger Abstimmung mit den Kommunen insbesondere durch die bedarfsgerechte Schaffung von Tagespflegeplätzen die Versorgung verbessern.